

Stand: 25.06.2026 10:16:13

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/299

"Staatliche Neutralität im Bildungswesen wahren - Schulpflicht an bayerischen Schulen durchsetzen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/299 vom 12.02.2019
2. Beschluss des Plenums 18/327 vom 13.02.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 9 vom 13.02.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier, Dr. Ralph Müller** und **Fraktion (AfD)**

Staatliche Neutralität im Bildungswesen wahren – Schulpflicht an bayerischen Schulen durchsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert, die staatlichen Schulaufsichtsbehörden anzuweisen, die geltende Schulpflicht für Schülerinnen und Schüler an allen bayerischen Schulen konsequent durchzusetzen.
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert sicherzustellen, dass disziplinarrechtlich gegen Lehrkräfte und Schulleiter ermittelt wird, die entgegen der Schulpflicht den Schülerinnen und Schülern erlauben oder diese dazu verleiten oder anstiften, während der Schulzeit an politischen Demonstrationen teilzunehmen.
3. Darüber hinaus wird die Staatsregierung grundsätzlich aufgefordert, die Neutralitätspflicht in den staatlichen Schulen durchzusetzen und jeden Ansatz einer Ideologisierung und parteipolitischen Vereinnahmung von Schülern zu unterbinden.

Begründung:

In den vergangenen Wochen wurden in bayerischen Städten Demonstrationen veranstaltet, die von vielen bayerischen Schülern während der Schulzeit besucht wurden. Dieses Fernbleiben vom Unterricht verstößt gegen die im Art. 35 Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) festgeschriebene Schulpflicht sowie gegen die daraus abgeleitete Regelung in § 20 Bayerische Schulordnung. Erstaunlicherweise wird das Fernbleiben der Schülerinnen und Schüler, die während der Schulzeit an den Demonstrationen teilnehmen, aber in den wenigsten Fällen geahndet. Schulleiter bieten aus Verständnis für das Anliegen der Schülerinnen und Schüler Kulanzregelungen an. Dies dürfte auch dem Druck geschuldet sein, der vonseiten der Öffentlichkeit und der Medien ausgeübt wird. Der zuständige Staatsminister weicht ebenfalls von seinem Auftrag ab, die Schulpflicht in Bayern durchzusetzen, und erlaubt es den Schulleitern, selbständig Regelungen zu treffen.

Das Recht der Schülerinnen und Schüler auf Demonstrationsfreiheit wird durch die Schulpflicht jedoch nicht verletzt, da es für sie die Möglichkeit gibt, außerhalb der Unterrichtszeiten für ihre Anliegen zu demonstrieren. Die Erlaubnis und Billigung der Demonstrationsteilnahme von zum Teil auch jüngeren Schülern aus der Mittelstufe kommen zudem einem Verstoß gegen die Aufsichtspflicht gleich. Falls die Schüler unter Aufsicht an den Demonstrationen teilnahmen, wurde seitens der Lehrer bewusst gegen das Streikverbot während der Arbeitszeit verstoßen.

In höchstem Maße bedenklich ist es, dass über die Außerkraftsetzung der Schulpflicht für ein vermeintlich hehres Anliegen der Weg zu einer Auflösung des staatlichen Neutralitätsgebots in der Schule beschritten wird. Denn die Billigung des Schulschwänzens

für einen vermeintlich politisch guten Zweck kommt einer Unterstützung politischer Aktivitäten während der Unterrichtszeit gleich. Dies verstößt gegen § 16 Lehrerdienstordnung (LDO).

Selbst wenn das Anliegen nicht umstritten und allgemeingemeinschaftlich akzeptiert wäre, so haben Schülerinnen und Schüler ein Recht auf einen Schutzraum vor staatlich sanktionierter Politisierung. Jugendliche sollen sich eine eigene politische Meinung bilden, jedoch nicht durch die bildungspolitische Billigung von Schülerdemonstrationen gruppenspezifisch zu einer bestimmten politischen und sozialen „Haltung“ erzogen werden. Aus gutem Grund besteht das Demokratieprinzip darin, dass alle Gewalt vom Volke ausgeht und der Staat demgegenüber zur politischen Neutralität verpflichtet ist. Es käme einer Abkehr von den demokratischen Grundprinzipien gleich, wenn – wie es etwa im politischen System der DDR üblich war – minderjährige Schüler politischer Einflussnahme ausgesetzt würden und dies staatlich gewollt wäre. Diese Gefahr besteht jedoch, wenn gesellschaftliche Gruppen im Namen einer proklamierten „guten Sache“ Druck auf staatliche Stellen ausüben und diese zwingen, die Schulpflicht außer Kraft zu setzen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier, Dr. Ralph Müller** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/299

Staatliche Neutralität im Bildungswesen wahren – Schulpflicht an bayerischen Schulen durchsetzen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Dr. Ralph Müller

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler

Abg. Anna Toman

Abg. Michael Hofmann

Abg. Andreas Winhart

Abg. Eva Gottstein

Abg. Margit Wild

Abg. Alexander Muthmann

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk,
Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Staatliche Neutralität im Bildungswesen wahren - Schulpflicht an bayerischen
Schulen durchsetzen (Drs. 18/299)**

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat der Herr Kollege Dr. Ralph Müller das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr verehrte Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Wir von der AfD-Fraktion fordern die Staatsregierung hiermit auf, die Schulpflicht in Bayern durchzusetzen, und zwar konsequent und unmissverständlich. Das Gleiche fordern wir für die Neutralität des Staates im Bildungswesen. Ein besonders sensibler Ort zwischen dem Volk als Souverän und der staatlichen Exekutive ist die Schule. Die Gesellschaft gibt einen Erziehungsauftrag an die Schule. Die Jugendlichen sollen die nötige Reife erlangen, um später am politischen Entscheidungsprozess mitzuwirken. Um reife Staatsbürger heranzubilden, ist in der Schule Sensibilität angebracht, denn Jugendliche – das wissen wir alle – sind formbar und werden nur allzu leicht von äußeren Einflüssen manipuliert.

(Zuruf von den GRÜNEN: Sie unterschätzen sie! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Da sind Sie ja Experte!)

Der Schüler muss jedoch vor Vereinnahmung und Indoktrination im Schulbetrieb geschützt werden. Die politische Neutralität ist daher eines der höchsten Güter, gerade in der Erziehung und Bildung.

In vielen bayerischen Städten finden derzeit an Freitagen Demonstrationen für den Schutz des Klimas statt. Viele Schüler bleiben dafür dem Unterricht fern, teilweise von

den Lehrkräften dazu motiviert. Vonseiten der Schulen erfolgen meist keine Bestrafungen, obwohl die Schulpflicht offensichtlich verletzt wurde.

(Beifall bei der AfD)

Selbst Sie, Herr Prof. Piazolo, zeigen Verständnis für das Anliegen der Schüler und stellen es gar den einzelnen Schulleitern frei, wie sie auf die Rechtsbrüche reagieren. Das ist aber alles andere als eine souveräne Amtsführung. Sie haben sich an Recht und Gesetz zu halten und die Durchsetzung des Rechts nicht dem Ermessen einzelner Schuldirektoren zu überantworten.

(Beifall bei der AfD)

Das ist der eine Grund, warum wir dafür sind, die Schulpflicht wieder durchzusetzen. Setzen Sie diesen Rechtsbrüchen ein Ende!

Der andere Grund ist, dass mit den Aktionen während der Unterrichtszeit die Neutralitätspflicht des Staates eindeutig verletzt wird. Verwerflich wird es, wenn Lehrer dazu anstacheln, die Schule zu schwänzen, Direktoren an falscher Stelle Milde walten lassen und der Herr Oberlehrer Prof. Piazolo seine Hände in Unschuld wäscht.

(Beifall bei der AfD – Toni Schuberl (GRÜNE): Der Oberlehrer!)

– Genau.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Wer sich mit dem Phänomen "Fridays for Future" befasst, wird nicht umhinkommen, das Manipulative der Demonstrationen zu erkennen.

(Margit Wild (SPD): Aha!)

Wir sehen hier klaren politischen Missbrauch. Unsere Jugendlichen lassen sich hier vor einen Karren spannen, dessen wahre Richtung im Dunkeln bleibt und dessen wissenschaftliche Fundierung generell überhaupt nicht gegeben ist.

(Beifall bei der AfD – Toni Schuberl (GRÜNE): Unglaublich! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN – Lachen bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Das ist aber hier nicht der entscheidende Punkt. Es geht uns darum, unsere Jugendlichen und Kinder vor Vereinnahmung zu schützen und ihnen in der Schule einen Schutzraum zu erhalten, in dem sie ihren politischen Standpunkt entwickeln können. Nicht ohne Grund ist das Wählen erst ab achtzehn Jahren erlaubt. Meine persönliche Meinung ist, dass das Wahlrecht ab einundzwanzig Jahren sinnvoll wäre.

(Lachen bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Wir haben in den letzten Jahren immer wieder gehört, dass sich Elternverbände, Schülervvertretungen und sogar die Politik selber über Unterrichtsausfälle beschwerten. Und jetzt wird das Schuleschwänzen bejubelt. Das ist geradezu grotesk. Es stört Sie offenbar nicht, dass Sie immer von gelebter Demokratie sprechen, wenn Kinder mit Billigung der Schule wie einst in der DDR zum Demonstrieren geschickt werden.

(Lachen bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Das kommt eben davon, wenn man bedingungslos einer Kanzlerin folgt,

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

– Ruhe! –

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall bei der AfD)

die eine große FDJ-Vergangenheit hat. Politische Agitation von Kindern und Jugendlichen gehörte für Angela Kasner, verheiratete Merkel, in ihren jungen Jahren bekanntlich zur Normalität.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ist das schon Fasching?)

Jetzt lassen Sie, verehrte Damen und Herren der Staatsregierung, diese politische Agitation auch in Bayern einreißen. Ich sage Ihnen: Ein Franz Josef Strauß würde Sie für diese groben und verhängnisvollen Verfehlungen vom Hofe jagen.

(Tobias Reiß (CSU): Als Erste würde er Sie vom Hof jagen!)

– Niemals! Aber sicher nicht!

(Ernst Weidenbusch (CSU): Wenn er jemanden vom Hof jagen wollen würde, dann würde er sich da bei Ihnen vorne umschauchen! – Heiterkeit bei der CSU)

Wollen Sie den totalen Klimaschutz und die DDR 2.0 nun auch in Bayern als gelebte politische Realität?

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Damit dies nach Ihrem Gusto so sein kann, müssen alle mobilisiert werden und zu Aktivisten werden. Wie alle Verantwortlichen, die gegen den gesunden Menschenverstand regieren, fangen Sie mit dem Missbrauch der Jugend an. Wir von der AfD wehren uns mit aller Kraft gegen die von Ihnen praktizierte ideologische Steuerung der Massen.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Brechreiz! Wovon sprechen Sie hier, Herr Kollege?)

Jetzt kommt's: Schuleschwänzen ist daher nicht gelebte Demokratie, sondern – das betonen alle namhaften Sozialwissenschaftler von internationalem Rang – gelebte Verwahrlosung, sozialer Abstieg und letztlich Verblödung.

(Beifall bei der AfD – Allgemeine Unruhe – Florian von Brunn (SPD): Das sollten Sie ja wissen!)

Ein Hoch daher auf das Bildungs- und Wissensland Bayern und unsere Schulpflicht!
Ich danke Ihnen für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD – Tobias Reiß (CSU): Kabarettist!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Dann darf ich den nächsten Redner aufrufen, Herrn Prof. Dr. Gerhard Waschler von der CSU-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es kommt selten vor, dass ich sprachlos bin.

(Heiterkeit bei der CSU)

Aber manchmal muss man sich Dinge auf der Zunge zergehen lassen. Ich habe im Vorfeld von der Lehrer-Bashing-Partei AfD einiges erwartet. Aber manchmal wird einiges noch getoppt. Ich finde es jetzt durchaus verständlich – dadurch wird ein Rätsel gelöst –, warum die AfD-Mitglieder des Bildungsausschusses, die zu einem solchen Thema eigentlich die Kompetenz hätten, nicht oben auf dem Dringlichkeitsantrag als Antragsteller erscheinen und wohl auch gar nicht dazu reden.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Antrag enthält einerseits absolute Selbstverständlichkeiten, vermittelt aber andererseits ein völlig falsches Bild von den Realitäten. Deswegen werden wir ihn aus mehreren Gründen ablehnen. Die AfD versucht nämlich, den Eindruck zu vermitteln, die Staatsregierung unterlaufe eindeutige Regelungen des BayEUG und der verschiedenen Schulordnungen hinsichtlich parteipolitischer Neutralität. Damit ist das eindeutig ein Schaufensterantrag, und er ist – und das ist obendrein das Schlimme – geprägt vom größten Misstrauen gegenüber allen verantwortlichen Schulleitungen, die in pädagogischer Verantwortung an über 6.000 Schulen in Bayern ihren Dienst leisten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der AfD)

Diese Gestaltung an den Schulen erfolgt bekanntermaßen höchst erfolgreich. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist nämlich genau das Gegenteil von dem der Fall, was dieser Antrag suggeriert. Ihre Verweise und Vergleiche – mit Verlaub, Herr Kollege Müller und Kolleginnen und Kollegen von der AfD – mit der DDR sind schlicht und ergreifend abwegig und abstrus.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Sollten Sie Interesse an der Position der Regierungskoalition haben, der CSU-Landtagsfraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER, dann verweise ich als ein Beispiel unter mehreren Möglichkeiten auf die Pressemitteilung, die am 18.01.2019 veröffentlicht wurde. Ich zitiere folgenden Satz, den ich selbst trage:

Die Teilnahme am Unterricht kann niemals ins Belieben Einzelner gestellt werden. [...] Ich freue mich sehr [...], wenn junge Menschen sich politisch engagieren [...]. Das geht aber auch sehr gut unter der Woche in der schulfreien Zeit oder am Wochenende und muss nicht während des Unterrichts stattfinden.

Das ist eine klare Regelung.

(Beifall bei der CSU)

Schon in dieser Pressemitteilung, die gut einen Monat zurückliegt, wurde die Haltung des Kultusministers gestützt, der klar und eindeutig die gesetzliche Schulpflicht betont hat und auch die Verantwortung, wo Regelungen auftreten müssen, die durch die geltenden Schulordnungen sanktioniert sind. Das ist der Fall.

Mit Verlaub – jetzt wende ich meinen Blick zu den geschätzten Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den GRÜNEN –, damals haben wir uns ganz klar positioniert, dass die streikfreundlichere Haltung Ihrer Fraktionen so nicht passt. Wir vertreten eine

klare Linie, wie Sie der Pressemitteilung entnehmen können, die ich vorher zitiert habe. Wir haben klare Regelungen.

Die Schulen stehen in pädagogischer Verantwortung vor Ort. Was sie in der konkreten Situation, die an jeder Schule unterschiedlich ist, veranlassen, steht in ihrer Verantwortung. Dafür gibt es die geltenden Schulordnungen. Dafür gibt es eine Verantwortung, die in der Hand der Schulfamilien liegt. Dazu gehört Vertrauen, aber nicht dieses Misstrauen, das jede Pädagogik zerstört.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich kann deswegen feststellen, dass wir dieses tiefe Misstrauen von uns weisen. Wir haben verantwortliche Schulleitungen, wir haben eine verantwortliche Schulfamilie. Die pädagogische Kompetenz, dass man vor Ort handelt, und zwar auf der Grundlage bestehender gesetzlicher Regelungen, die haben wir auch. Die eingangs von der AfD zitierten und gesetzlichen Regelungen und Verordnungen gelten selbstverständlich. Dies hier ist reiner Schaufensterpopulismus, und deswegen lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich darf Frau Anna Toman vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufrufen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Anna Toman (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihr Antrag, Kolleginnen und Kollegen von der AfD, trifft vor Misstrauen

(Beifall bei den GRÜNEN)

gegenüber den Schülerinnen und Schülern, unseren Lehrerinnen und Lehrern sowie den Schulleiterinnen und Schulleitern. Es fehlt im Antrag nur noch der Lehrerpranger,

um aus Ihrer Sicht unliebsame Lehrerinnen und Lehrer möglichst schnell zu identifizieren und zu disziplinieren oder gar aus dem Schuldienst zu entfernen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die 16-jährige Schwedin Greta Thunberg streikt seit dem Hitzesommer im vergangenen Jahr vor dem Schwedischen Reichstag. Ziel ihres Streiks ist es, die schwedische Politik zur Einhaltung der Klimaziele von Paris zu ermahnen. Die Schwedin ist das Vorbild für die Fridays-for-Future-Bewegung, der inzwischen Tausende Jugendliche in Bayern, ganz Deutschland und inzwischen sogar weltweit folgen.

(Zuruf von der AfD: Das ist Ihre Ideologie!)

Wir GRÜNEN stehen klar hinter einer Generation, die für ihre und unsere Zukunft eintritt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch die bayerischen Schülerinnen und Schüler organisieren sich selbst und streiken für einen besseren Klimaschutz. Sie legen bewusst ihre Arbeit nieder, um die Politik, also explizit uns, zum Handeln aufzufordern. Die Schülerinnen und Schüler sind sich der Konsequenzen ihres Handelns durchaus bewusst. Sie sind auch bereit, diese zu tragen. Liebe CSU, liebe FREIEN WÄHLER, Sie wollen, dass die Jugendlichen freitags wieder in die Schule gehen?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ja! – Zurufe von der CSU: Ja! – Zurufe von der AfD: Ja!)

– Dann bringen Sie endlich ein wirkungsvolles Klimaschutzgesetz auf den Weg!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Wir GRÜNE können Ihnen dabei gerne helfen. – Bildung ist ein Menschenrecht. Das gilt für Menschen, die hier aufgewachsen sind, genauso wie für Flüchtlinge.

(Unruhe bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte Ruhe! Der Lärmpegel ist zu hoch.

Anna Toman (GRÜNE): Wir werden die AfD-Fraktion beizeiten daran erinnern, dass die Schulpflicht unabhängig vom Aufenthaltsstatus gilt. Wir dürfen die Schulpflicht und die freie Meinungsäußerung nicht gegeneinander ausspielen. Das wird dem nicht gerecht, was wir zurzeit erleben, dass sich nämlich Tausende Jugendliche engagieren.

Ich möchte noch ein paar Sätze zu unseren Lehrerinnen und Lehrern sagen. Ich stelle mich hier als Demokratin klar hinter unsere bayerischen Lehrerinnen und Lehrer. Sie erfüllen ihren Dienst pflichtbewusst, zuverlässig und mit Herz auf der Grundlage der Bayerischen Verfassung.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Blick in die Bayerische Verfassung lohnt sich. Artikel 131 regelt die obersten Bildungsziele. Darin heißt es unter anderem:

Die Schulen sollen nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden.

Oberste Bildungsziele sind [...] Verantwortungsfreudigkeit, Hilfsbereitschaft [...] und Verantwortungsbewußtsein für Natur und Umwelt.

Außerdem sind die Schülerinnen und Schüler "im Geiste der Demokratie" zu erziehen. Es ist die Aufgabe von uns Demokratinnen und Demokraten, die Lehrkräfte und die Verfassung vor Angriffen von Rechts zu schützen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Und von Links! – Unruhe bei der AfD)

Die AfD wünscht sich neutrale Schulen und neutrale Lehrkräfte. Was die Partei nicht verstehen will oder kann: Zwischen Indoktrination und Neutralität spannt sich ein weites Feld, das der lebendigen Demokratie. Außerdem ist es die Aufgabe der Lehrerinnen und Lehrer, Kinder politisch zu bilden. Ziel ist es, dass sich die Kinder eine eigene Meinung bilden und selbstständig Entscheidungen treffen. Sie sollen mündige Bürgerinnen und Bürger werden. Der AfD ist das aber anscheinend zu anstrengend. Sie wollen denunzieren und bestrafen. Die aktuelle Debatte derart beenden zu wollen, ist keine Lösung. In einer demokratisch lebendigen Gesellschaft muss man Meinungen, auch Regelverstöße, aushalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn sich nun also Schülerinnen und Schüler selbst eine Meinung gebildet haben und als Mittel den Streik gewählt haben, dann haben die Lehrerinnen und Lehrer erfolgreich gearbeitet. Die Jugendlichen leben Demokratie.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Wir haben eine Zwischenbemerkung vom Herrn Kollegen Hofmann. Bitte.

Michael Hofmann (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Frau Kollegin, eine kurze Frage: Mich würde interessieren, ob es irgendein politisches Thema gibt, bei dem Sie der Auffassung sind, dass die Schülerinnen und Schüler, selbst wenn sie sich ihre Meinung gebildet haben, nicht das Recht haben, auf die Straße zu gehen. Sollen sie tatsächlich bei jedem politischen Thema, bei dem sie der Meinung sind, auf die Straße gehen zu dürfen, auf die Straßen gehen dürfen, auch wenn dies während des Unterrichts stattfindet? Habe ich Sie da richtig verstanden?

Anna Toman (GRÜNE): Ja, durchaus. Ich glaube, wir müssen es aushalten.

(Lachen bei der AfD – Unruhe bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich glaube, wir müssen es aushalten, dass Schülerinnen und Schüler auch eine Meinung haben und dafür eintreten. Im Moment beobachten wir aber eine Bewegung, die in der Form noch nicht dagewesen ist. Ich glaube, ich weiß, worauf Sie abzielen. Für uns ist es keine Frage, dass man auch Meinungen akzeptieren muss, die nicht mit unserer Meinung übereinstimmen. Ich bin der Meinung, wenn es die Schülerinnen und Schüler schaffen, auch zu einem anderen Thema eine ähnlich große Mobilisierung zu schaffen, dann halten wir das aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Kollegin, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Der Kollege Winhart hat eine weitere Zwischenbemerkung. – Bitte schön, Herr Kollege Winhart.

Andreas Winhart (AfD): Ich habe noch eine konkrete Frage: Wieso müssen Schülerinnen und Schüler unbedingt während der Schulzeit demonstrieren? Können sie das nicht in ihrer Freizeit, zum Beispiel am Samstag oder am Sonntag, machen? Können Sie mir das bitte beantworten?

Anna Toman (GRÜNE): Die Schülerinnen und Schüler haben bewusst den Streik gewählt,

(Zuruf: Das ist kein Streik!)

um Aufmerksamkeit zu erzielen, und das haben sie erreicht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Gut; ich bedanke mich. – Es liegt nichts Weiteres vor. Dann darf ich in der Rednerliste fortfahren. Das Wort hat Frau Kollegin Eva Gottstein von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön, Frau Kollegin.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine kurze Vorbemerkung zu Herrn Müller, der vorher für die AfD ge-

sprochen hat: Sie sprachen mehrere Male vom "reifen" Schüler. Sie sollten vielleicht Kant lesen und sich für den mündigen Schüler entscheiden. Reif ist ein Apfel. Ein Schüler bzw. künftiger Bürger sollte mündig sein. Das ist ein Riesenunterschied.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Der vorliegende Antrag ist in seiner Formulierung

(Zuruf von der AfD)

nicht nur ein Misstrauensvotum gegen die bayerischen Staatsbediensteten, sondern er zeigt auch deutlich das Misstrauen gegenüber unserem demokratischen Staat, den die AfD anscheinend bis in die kleinste Regung und in die kleinste Institution hinein regulieren will.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Er unterstellt der Staatsregierung außerdem fälschlicherweise, dass sie sich von der Schulpflicht distanziert. Das hat diese Staatsregierung in Gestalt des Kultusministers in diesem Fall nicht getan, das tut sie nicht, und das hat sie auch in den vergangenen Wochen nicht getan. Es gab klare Hinweise in der Presse und Äußerungen in den sozialen Medien usw., dass es hier natürlich auch geht, außerhalb der Schulzeit zu demonstrieren.

(Zuruf von der AfD)

Es war ganz klar die Rede davon, dass es andere Formen gibt, sich mit dem einen oder anderen Thema – egal, wer bewertet, wie sinnvoll dieses Thema ist – auseinanderzusetzen. In diesem Fall war es auch, denke ich, sehr gut, den Schülern ein Gespräch anzubieten. Die Schüler bzw. die Schülervertretungen haben das abgelehnt; das bedauere ich persönlich sehr.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dieser Antrag zeigt, dass Sie überhaupt noch nicht verstanden oder kapiert haben – das merkt man auch an Ihren Zwischenrufen; vielleicht wollen oder können Sie es auch nicht verstehen –, dass unser Schulsystem gerade deshalb so gut ist, weil es dezentral aufgestellt ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben natürlich ein Erziehungs- und Unterrichtsgesetz und eine Schulordnung. Aber die Umsetzung dieser Schulpflicht ist Wissens- und Wertevermittlung, ist Bildung und Erziehung. Das sind nicht nur Latein, Mathe und Deutsch, sondern auch zum Beispiel Theaterbesuche oder Besuche von Gedenkstätten. Diese Umsetzung wird dezentral, sehr wohl nach den Vorgaben des Ministeriums, organisiert, die Schulfamilie – eine Schulleitung, eine mittlere Führungsebene, Gremien wie der Elternbeirat usw. – bespricht manche Dinge, die zur Erziehung und Bildung dazugehören, und da mischen wir uns nicht rein.

Ich denke, es ist der richtige Weg, darauf hinzuweisen, dass eine Schulpflicht besteht. Natürlich gibt es auch die diesbezüglichen internen Schreiben – die gibt es ja schon seit über 20 Jahren –, und an denen hat sich nichts geändert. Letztendlich soll man hier der Schulfamilie überlassen, wie sie mit manchen Begehren der Schüler umgeht. Wenn dann eben auch Sanktionen im pädagogischen Ermessen der Schule liegen, heißt das doch nicht, dass keine Sanktionen erfolgt sind, aber die waren vielleicht sinnvoller. Ich weiß nicht, was Sie möchten; vielleicht wollen Sie zur Rute zurück. In diesem Fall liegt es aber im pädagogischen Ermessen einer Schule, zu reagieren, und das passiert an unseren Schulen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Im Übrigen finde ich es sehr befremdlich, von der Neutralitätspflicht der Schule zu sprechen. Die hat sie. Ich war lange genug im System, um zu wissen: Diese wird eingehalten. Immer wieder kommen die Leute beim kleinsten Anlass, wenn etwa zu viel Bundeswehr oder zu viel Soziales in der Schule ist, und sagen: Wir müssen noch ein-

mal darüber sprechen. – Aber eine Partei, die in einem Meldeportal dazu aufruft, Lehrer zu melden, die vielleicht ihrer Meinung nach verkehrt reden – ist das Neutralität? –, hat überhaupt keinen Anspruch darauf, einen solchen Antrag zu stellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei der Frau Kollegin Gottstein. – Als Nächste hat Frau Kollegin Margit Wild von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sprache ist ein wichtiges Instrument, und Sprache ist manchmal verräterisch. Ich möchte an das anknüpfen, was Sie, Herr Müller, eingangs gesagt bzw. zitiert haben. Stellenweise hat mich Ihre Rede an die Lingua Tertii Imperii erinnert – ich empfehle Victor Klemperer –, und das macht mir Angst. Ich glaube auch, dass das den jungen Menschen dort oben, die genau zugehört haben, wie wir hier mit der Thematik umgehen, Angst macht.

Mit diesem Antrag, der sehr verräterisch ist, versuchen Sie, den Eindruck zu erwecken, als sei der Staat nicht handlungsfähig, als würden Recht und Gesetz nicht gelten und als würde alles zusammenbrechen. Das ist eine beliebte Methode und Ihre Darstellung, von der wir uns aber in keiner Weise anstecken lassen. Sie faseln dann irgendwas von irgendwie gearteten Ideologien an den Schulen. Das ist Quatsch, und diesem Quatsch und Unsinn werden wir auch entgegentreten.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Erstens. Es ist völlig klar, dass Verstöße gegen die Schulpflicht bei uns weiterhin geahndet werden. Zweitens.

(Zuruf von der AfD)

– Hören Sie mir einfach zu. Ich habe das auch getan; wenngleich Ihre Rede schwer erträglich war. – Die Schulleiterinnen und Schulleiter haben mit dem Einverständnis der Eltern über das Teilnehmen an diesen Demonstrationen gesprochen. Ich war selber bei den Demonstrationen, und ich hatte in keiner Weise

(Zuruf von der AfD)

den Eindruck, als seien dort irgendwelche jungen Menschen zwangsweise "hinrekrutiert" oder von den Schulleitern oder Lehrkräften zum Demonstrieren motiviert worden. Im Gegenteil: Ich habe dort sehr interessierte, engagierte Schülerinnen und Schüler erlebt.

(Zuruf von der AfD)

– Seien Sie jetzt ruhig! – Die Kollegin Toman hat es mir schon vorweggenommen; sie hat auch aus der Bayerischen Verfassung zitiert. Ich rate Ihnen, diese einmal genau zu lesen. Als Ziele der Bildung werden die Liebe zur bayerischen Heimat und das Verantwortungsbewusstsein für die Natur und für die Umwelt genannt. Witzigerweise werfen Sie jetzt diesen Schülerinnen und Schülern, den Lehrkräften und den Schulleitungen vor, dass angeblich sie gegen diese Ziele verstoßen. Das ist aber klar: Sie nehmen auch die Klimaschädigungen und das alles überhaupt nicht ernst; Sie verwahren sich dagegen. Demzufolge ist Ihnen das Thema, das die Schülerinnen und Schüler da aufgreifen, ein Dorn im Auge.

Mich lehrt die Bayerische Verfassung, dass wir uns verstärkt um die Diskussion an den Schulen und um politische Bildung bemühen müssen. Natürlich müssen wir auch die Diskussionen aufgreifen, die von den Schülerinnen und Schülern in den Unterricht hineingetragen werden. Genau das tun die Lehrkräfte an den Schulen; das haben sie bei den Demonstrationen gesagt.

Wir wiederum müssen uns vielleicht einmal überlegen, ob wir nicht mehr politische Bildung in den Unterricht bringen. In diesem Fall waren zwei Unterrichtsstunden, die in

die politische Bildung unserer Schülerinnen und Schüler gut investiert wurden, für mich ein wunderbares Beispiel. Dass die Schüler dafür den Freitag gewählt haben, ist doch klar. Sie wollten Aufmerksamkeit, und die haben sie bekommen.

Wenn die Politik und die Verantwortlichen nicht handeln, dann wird dieses Thema weiterhin auf der Agenda der jungen Leute bleiben. Unsere Aufgabe als verantwortungsvolle Politikerinnen und Politiker ist es, uns der Diskussion zu stellen, anstatt Demokratie und Schulalltag infrage zu stellen,

(Zuruf von der AfD)

Angst zu machen und zu denunzieren. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit; jetzt haben Sie es ja doch noch geschafft, zuzuhören.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Wild. – Ich darf den Herrn Kollegen Alexander Muthmann von der FDP-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Muthmann.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Müller, Sie formulieren in diesem Zusammenhang bzw. bei dieser Problematik, die Schule zu schwänzen führe zu sozialem Abstieg und Verblödung. Es ist entsetzlich, wie Sie den jungen Menschen, die sich Gedanken machen, entgegentreten. Das macht einen sprachlos. So jedenfalls geht Pädagogik nicht.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich sind allen Beteiligten, den Schülern, den Lehrern, im Übrigen auch dem Kultusministerium, die Regeln bekannt. Sie sind doch allen Beteiligten völlig klar. Da sind Belehrungen nicht nötig. Wir brauchen an dieser Stelle keine Anträge mit dem Holzhammer. Wir brauchen das Kultusministerium an dieser Stelle nicht als Scharfmacher. Bei diesem Kultusminister bin ich sicher, dass er das nicht mit sich machen lässt. Er

hat sich dazu geäußert. Wir teilen seine Auffassung und halten es für richtig, dass diese auch pädagogischen Fragen durchaus in den Schulen, in der eigenen Verantwortung der Schulen ausbalanciert werden. Nicht zu Unrecht sind Entscheidungen, wie man auf die Demonstrationen reagiert, Ermessensentscheidungen. Da spielen viele Fragen eine Rolle: die Länge, die Intensität, die Frage, wie die einzelnen Schülerinnen und Schüler dazu stehen, und die Frage der Häufigkeit. All diese Fragen sind sehr viel besser vor Ort und in den Schulen aufgehoben. Dort werden die Entscheidungen getroffen. Dort geht es um die Balance zwischen dem Anspruch, Schulunterricht zu erteilen, und der Fähigkeit, politische Aktionen ein Stück weit auszuhalten und zu akzeptieren. Bei diesen Angelegenheiten brauchen wir das Kultusministerium nicht, weil diese Probleme durchaus in der Verantwortung der einzelnen Schulen gelöst werden können. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag natürlich ab.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Wir haben eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Winhart. Bitte schön.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Muthmann, Sie haben sich gerade quasi für das Schulschwänzen ausgesprochen. Jetzt würde ich ganz gerne mal wissen: Wie stehen denn Sie zu Kontrollen kurz vor Ferienbeginn an den Flughäfen, bei denen Familien, die sich einen Tag mehr Urlaub gönnen, überprüft werden? Wie sehen Sie das im Vergleich zu dem, was die Schüler machen? Und wie stehen Sie zu der Versicherungspflicht und der Haftpflichtversicherung? Was ist, wenn einem Schüler bei diesen Demonstrationen etwas passiert?

Alexander Muthmann (FDP): Das habe ich gerade schon erläutert. Ich kann es aber gerne wiederholen.

(Widerspruch bei der AfD)

– Jetzt habe ich wieder das Wort, oder, Herr Präsident?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ja, so ist es.

Alexander Muthmann (FDP): Schönen Dank. – Ich habe Ihnen gerade schon erläutert, dass es ganz unterschiedliche Motive und Gründe dafür gibt, dass Schülerinnen und Schüler in der Schule oder auch nicht in der Schule sind. Deren Bewertung und die Reaktion darauf sind wirklich vor Ort am besten aufgehoben. Dafür brauchen wir nicht Ihre Belehrungen.

(Lebhafter Widerspruch bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte!

Alexander Muthmann (FDP): Auch Einflussnahmen des Kultusministers sind an dieser Stelle nicht vonnöten.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei dem Kollegen. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/299 – das ist der Antrag der AfD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die anderen Fraktionen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung bei der AfD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.